

Der 17. Juni 1953 und der Westen - Der Aufstand in der DDR als transnationale Herausforderung

Veranstalter: Lehrstuhl für Geschichte der Neuzeit (19./20. Jahrhundert) der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg; Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt; Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn; Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen Sachsen-Anhalt

Datum, Ort: 07.06.2013–08.06.2013, Marienborn

Bericht von: Andreas Christopher Matt, Jena

Der 17. Juni 1953 gilt als der erste Volksaufstand in einem Staat des Ostblocks. Im Hinblick auf die Begebenheiten in der DDR kann die Erhebung als gut erforscht bezeichnet werden. Darüber hinaus stellt sich jedoch die Frage nach ihren Aus- und Nachwirkungen und der Rezeption der Geschehnisse im Westen: in der Bundesrepublik wie in anderen westeuropäischen Staaten, außereuropäischen Demokratien und den Vereinigten Staaten von Amerika. Wie reagierten die politischen, diplomatischen und gesellschaftlichen Akteure, politischen Parteien, Organisationen, Institutionen und nicht zuletzt die Medien auf der anderen Seite des „Eisernen Vorhangs“? Diese zentrale Frage war der inhaltliche Impuls der Tagung, die am 7. und 8. Juni 2013 in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn stattfand.

SILKE SATJUKOW (Magdeburg) eröffnete die Tagung und widmete sich in ihrem Einführungsvortrag den alltags- und kulturgeschichtlichen Bedeutungsdimensionen des 17. Juni 1953. Sie hob die Notwendigkeit einer internationalen und transnationalen Geschichtsschreibung des Aufstands, aber auch die seltene Fokussierung darauf in der Forschung hervor.¹ Das weitverbreitete Bild, die Westmächte seien von den Ereignissen des 17. Juni überrascht worden, da sie einen Aufstand nicht für möglich gehalten hätten, sei wohl zutreffend, aber nicht zufriedenstellend. Satjukow plädierte eindringlich dafür, bei der Betrachtung des Volksaufstandes nicht nur die Ebene der Politik in den Blick zu nehmen, sondern diese um eine Kommunikations- und Alltagsgeschichte zu

erweitern. Sie verdeutlichte dies am Beispiel des nach der Niederschlagung des Aufstandes einsetzenden „Paketkrieges“. Auf Anregung und unter der Federführung der Bundesregierung verschickten Bundesbürger in den Monaten nach dem Aufstand Pakete mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs, die die US-Regierung unmittelbar als Reaktion auf den Aufstand bereitgestellt hatte, in die DDR. Dieser „Paketkrieg“ sei zwar durch die US-Regierung sowie Bundesregierung initiiert worden, die Umsetzung durch Privatpersonen habe jedoch das „Westpaket“ zu einem Teil der Alltagsgeschichte werden lassen und weit über die unmittelbare Nachgeschichte des 17. Juni gewirkt. In der Beantwortung der „Westpakete“ durch „Ostpakete“ läge darüber hinaus ein wichtiger Teil deutsch-deutscher Kommunikationsgeschichte, so Satjukow.

THOMAS AHBE (Leipzig) eröffnete das erste Panel der Tagung mit seinem Vortrag zur Geschichtspolitik, das heißt der politischen Positionierung und Instrumentalisierung der Geschichte in den beiden deutschen Nachkriegsstaaten und deren Wechselwirkungen. Laut Ahbe hatte die DDR bereits früh begonnen geschichtspolitisch Traditionsaufbau zu betreiben. Im Gegensatz hierzu habe die BRD bis in die 1950er-Jahre darauf verzichtet, eigene politische Positionen und Ziele historisch zu legitimieren. Die Einführung des „Tages der deutschen Einheit“ im Nachgang des 17. Juni 1953 stelle hierbei den Wendepunkt hin zu einer aktiveren Geschichtspolitik in der BRD dar. Dabei hätten eine Vielzahl geschichtspolitischer Deutungen des Aufstands existiert, die meist nicht nur auf die Abgrenzung gegenüber der DDR, sondern auch gegenüber dem Nationalsozialismus abzielten.

Im Anschluss wurde die Frage diskutiert, ob der Feiertag im Hinblick auf einen ausgebliebenen Aufstand gegen das NS-Regime und auf die Teilung Deutschlands nicht eine doppelte Niederlage der BRD zum Ausdruck brächte. Der 17. Juni sei ein Feiertag mit Konstruktionsschwächen gewesen; seine politi-

¹ Einer der wenigen transnational ausgerichteten Sammelbände mit fokussiertem Blick auf die Beziehungen zwischen der DDR und den westlichen Staaten ist Ulrich Pfeil (Hrsg.), *Die DDR und der Westen, Transnationale Beziehungen 1949-1989*, Berlin 2001.

sche Funktion habe in einem psychologischen Moment der Abgrenzung der Westdeutschen gegenüber der Diktatur in der DDR und einer impliziten moralischen Entlastung auch gegenüber dem Nationalsozialismus gelegen.

JOHN PROVAN (Frankfurt) widmete sich in seinem Vortrag der Wahrnehmung des Aufstandes in der Berichterstattung in den amerikanischen Medien, namentlich in der US-Militärzeitung *The Stars and Stripes*, beim Militärradiosender *American Forces Network* (AFN) sowie im *Rundfunk im amerikanischen Sektor* (RIAS). Provan stellte fest, dass die Medien tendenziell verhalten über den Aufstand in der DDR berichteten. Die Hauptquelle der Berichterstattung schien in allen Fällen Augenzeugenberichte gewesen zu sein. Eigene Reporter entsandte keines der genannten Medien, auch wenn sie zum Teil in den Westsektoren Berlins Dependancen unterhielten. Als Gründe hierfür führte Provan an, dass die US-Medien zum einen von den Ereignissen überrascht wurden, zum anderen lag das zentrale Leitmotiv der Berichterstattung in diplomatischer Zurückhaltung. Im Falle der *Stars and Stripes* komme hinzu, dass die Zeitung US-amerikanischen Themen immer den Vorzug vor Weltpolitischem gegeben habe.

In der anschließenden Diskussion wurde vor allem die Zurückhaltung des der CIA nahestehenden RIAS erörtert. Provan hielt es für plausibel, dass der RIAS ebenso wie die anderen untersuchten Medien von den Begebenheiten des 17. Juni überrascht wurde. Ähnlich unvorbereitet hätte auch der Mauerfall die US-amerikanischen Medien getroffen.

JEANNETTE VAN LAAK (Gießen) referierte über die Flüchtlings- und Umsiedlungspolitik in der frühen BRD. Im Zentrum stand hierbei der Wandel von der US-amerikanisch geführten Koordinierung der Um- und Ansiedlungspolitik hin zu einer Politik in bundesrepublikanischer Eigenverantwortlichkeit. Van Laak stellte die Problematik des Überganges von einer schwerpunktmäßigen Ansiedlung im ländlichen Raum, wie sie die US-Amerikaner forciert hatten, hin zu urbanen und industriellen Gebieten der Ansiedlung in den Vordergrund. Nach van Laak waren diese Maßnahmen zwar von Erfolg gekrönt, konnten jedoch nicht maßgeblich zur Reduzierung

der Anzahl und Auslastung der Flüchtlingslager beitragen, da zu den Vertriebenen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches zunehmend Flüchtlinge aus der DDR hinzukamen. Ein Vorgang, der, so van Laak, von starken sozialen Spannungen innerhalb der Flüchtlingslager begleitet worden sei.

Mit seinem Vortrag über die Reaktionen der österreichischen Diplomatie, Politik und Medien auf den 17. Juni verließ MAXIMILIAN GRAF (Wien) als erster Referent den deutsch-deutschen Kontext. Graf legte dar, dass sich Österreichs diplomatische Beziehungen in der Nachkriegszeit zunächst in Richtung der BRD entwickelten und somit wenige Informationen über die innenpolitische Situation in der DDR vorlagen. Erst ab 1952 sei verstärkt und mit zunehmender Sorge über die Lage in der DDR berichtet worden. Dies sei primär durch die in Westberlin ansässige österreichische Delegation ermöglicht worden, die sich mit der Repatriierung von in Deutschland lebenden Österreichern befasste. Über diesen Weg sei es den österreichischen Medien auch ermöglicht worden, eingehender über die Ereignisse des 17. Juni 1953 zu berichten. Graf arbeitete heraus, dass die österreichische Politik sowie die Medien, mit Ausnahme der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) und den ihr nahestehenden Zeitungen, der Niederschlagung des Aufstandes kritisch bis ablehnend gegenüberstanden. Die DDR-freundliche Einstellung der KPÖ im Nachgang des Volksaufstandes habe zu einem rapiden Bedeutungsverlust der Partei geführt.

Der Vortrag des verhinderten FRANK JACOB (Würzburg) über die Einflüsse des 17. Juni auf die japanische Linke wurde aus seinem Manuskript von Yvonne Kalinna (Magdeburg) verlesen. Jacob legte zunächst die politische Situation Japans im Kalten Krieg und die grundlegenden Entwicklungslinien der Kommunistischen Partei Japans (KPJ) nach 1945 dar. Er stellte vor allem heraus, dass sich die KPJ in den 1950er-Jahren zunehmend von der Komintern und der Sowjetunion distanzierte. Die KPJ habe mit Ablehnung auf die Niederschlagung des Aufstandes in der DDR reagiert, wodurch vor allem ihre antisowjetische Fraktion gestärkt und in ihrer Orientierung an der Volksrepublik China bestärkt

worden sei. Dies habe die Partei vor der politischen Bedeutungslosigkeit bewahrt. Jacob stellte die These auf, dass die Ereignisse des Aufstandes auch bei der Spaltung der KPJ in eine pro- und eine antisowjetische Fraktion eine Rolle spielten.

ULRICH PFEIL (Metz) eröffnete mit seinem Vortrag über den 17. Juni 1953 im Kontext der französischen Deutschlandpolitik den zweiten Konferenztag. Wie auch die anderen Westmächte sei Frankreich von den Ereignissen in der DDR überrascht worden, wobei die französische Wahrnehmung von der Angst vor einem neuerlichen deutschen Nationalismus und der Möglichkeit der Eskalation durch westdeutsche und Westberliner Akteure dominiert worden sei. Das Schicksal der DDR-Bürger habe gegenüber dem französischen Sicherheitsbedürfnis eine untergeordnete Rolle gespielt, so Pfeil. Nach dem Aufstand habe sich die französische Regierung in ihrer bisherigen Politik der Westintegration der BRD bestärkt gefunden, welche von dem Bestreben einer neuerlichen „Rapallo-Politik“ der BRD vorzubeugen, geleitet worden sei. Pfeil stellte fest, dass der Aufstand die „deutsche Frage“ wieder auf die Tagesordnung der französischen Politik gesetzt hatte, bei den politischen Akteuren aber die Einschätzung vorherrschte, dass durch den Volksaufstand das Zusammengehörigkeitsgefühl der Westmächte in der Blockkonfrontation gestärkt wurde.

Nach dem Vortrag wurde die Frage diskutiert, wie die politischen Parteien in Frankreich auf den 17. Juni reagiert hatten. Pfeil hob hervor, dass sich lediglich die Linke auf die Seite der DDR-Führung stellte und dass es nur vereinzelt zu Solidaritätsbekundungen kam. Jedoch sei die Bedeutung des Volksaufstandes in der DDR für den französischen Diskurs weitaus geringer einzuschätzen als der ungarische Aufstand von 1956.

Mit der Analyse der Rezeption des 17. Juni 1953 in französischen Monatsschriften schloss CLAUS W. SCHÄFER (Erlangen) an seinen Vorredner an. Hierbei konzentrierte er sich auf vier Zeitschriften unterschiedlicher politischer Positionen, namentlich: die katholische *Esprit*, *Allemagne d'aujourd'hui*, die Monatszeitschrift *Documents* und die linksgerichtete *Les Temps Modernes*. Schäfer stellte fest, dass die Berichterstattung in allen Zeitschrif-

ten zwar umfangreich war, jedoch erst vergleichsweise spät einsetzte. Die Deutungen der Ursachen und Folgen des Aufstandes hätten sich dabei vielfältig gestaltet. So habe die *Esprit* den Aufstand als Zeichen des Hasses auf die Besatzer gesehen. Die *Documents* hingegen hätten die Erhebung als reinen Arbeiteraufstand dargestellt und betont, dass es sich nicht um ein „Plebiszit der Bevölkerung der DDR für die BRD“ gehandelt habe. Die *Temps Modernes* habe erst sehr spät über den Aufstand berichtet, sich dabei von der Niederschlagung abgegrenzt und in dem Aufstand einen Fortschritt der Arbeiterschaft in proletarischer Tradition gesehen. Auffallend sei, so Schäfer, dass sich in den Zeitschriften wie in der Politik die Angst vor einem neu entstehenden deutschen Nationalismus niedergeschlagen habe. Dies unterstützte die von Ulrich Pfeil aufgestellte These.

Im Anschluss an den Vortrag setzte sich die Diskussion um die stärkere Bedeutung des Ungarn-Aufstandes von 1956 für Frankreich fort. Die Diskutanten erklärten dies damit, dass sich nach den Pariser Verträgen die europapolitische und innenpolitische Situation in Frankreich aufgrund der sicherheitspolitisch geklärten Lage und der weit vorgeschrittenen Westintegration der BRD geändert habe.

In einem letzten Beitrag zur französischen Sicht auf den 17. Juni zeigte MICHAEL KUBINA (Berlin) exemplarisch auf, wie der Aufstand Einfluss auf das Denken der „68er“ in Frankreich genommen hatte. Kubina erörterte in seinem Vortrag die Rezeptionsgeschichte einer zeitgenössischen Analyse des Aufstandes von Benno Sarel. Sarel, ein aus Rumänien stammender Jude und ehemaliges Mitglied der Résistance, habe in den frühen 1950er-Jahren in Berlin gelebt, Verbindungen zu unterschiedlichen linksoppositionellen Gruppen in der DDR unterhalten und sei vielfältig publizistisch tätig gewesen. Seine erste Analyse der Ereignisse in der DDR sei noch 1953 unter dem Titel „Combats ouvriers sur l'avenue Staline“ in *Les Temps Modernes* veröffentlicht worden und habe zusammen mit anderen Schriften, die sich mit der Lage in der DDR auseinandersetzten, Eingang in sein 1958 erschienenes Buch „Der Klassenkampf in Ostdeutschland“ gefunden. Kubina stellte fest, dass Sarel mit diesen Schriften wesentlichen

Einfluss auf die Entwicklung der Gruppierung und der gleichnamigen Zeitschrift *Socialisme ou Barbarie* ausübte, welche später über die Brüder Gabriel und Daniel Cohn-Bendit starke Wirkung auf die „68er Bewegung“ in Frankreich entfaltete.

Den Abschluss der Tagung bildete der Vortrag von GÜNTER RIEDERER (Wolfsburg) über die jährlichen Feierlichkeiten zur Erinnerung an den 17. Juni 1953 in Wolfsburg. Riederer legte zunächst dar, dass sich die Stadt Wolfsburg, aber auch die dort ansässigen Unternehmen und gesellschaftlichen Gruppierungen intensiv über ihre grenznahe Lage im sogenannten „Zonenrandgebiet“ definierten. Dem Aufstand sei aber zunächst weder in der Lokalpresse, noch in der Kommunalpolitik eine herausragende Bedeutung beigemessen worden. Erst mit dem Jahrestag 1954 habe eine politische Instrumentalisierung des Aufstandes eingesetzt, welche Wolfsburger Bürger an dem Vertriebenenendenkmal auf dem Klieversberg inszenierten. Hierbei sei das Gedenken an den Aufstand am „Tag der deutschen Einheit“ mit den Anliegen der Vertriebenen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches, die einen starken Anteil der Wolfsburger Bevölkerung stellten, verknüpft worden. Die Feiern hätten jedoch im Laufe der 1960er-Jahre zusehends an Bedeutung verloren.

Abschließend kann festgehalten werden, dass innerhalb der Forschung der 17. Juni 1953 nicht nur auf seine Ereignisgeschichte reduziert werden sollte, sondern auch die kultur- und kommunikationsgeschichtlichen Aus- und Nachwirkungen mit einbezogen werden müssen. Die Bedeutung des Aufstandes ist nicht alleine in den einzelnen nationalen Perspektiven zu finden. Internationale und transnationale Aspekte, im geschichtswie politikwissenschaftlichen Sinne, sollten verstärkt Eingang in die Forschung finden. Darüber hinaus erscheint es vielversprechend sich bei der Erforschung des Aufstandes nicht nur auf die Wahrnehmung staatlicher und gouvernementaler Akteure zu beschränken, sondern auch Sichtweisen gesellschaftlicher und kultureller Organisationen sowie Institutionen einzubeziehen. Im Sinne einer transnationalen Geschichtsschreibung stellt vor allem die Kommunikationsgeschichte nichtstaatli-

cher Akteure sowie die Wechselwirkungen zwischen Medien und politischen Akteuren ein großes Desiderat dar. Hierzu konnte die Tagung bereits einen deutlichen Beitrag leisten.

Konferenzübersicht:

Freitag 7. Juni 2013

Moderation: Björn Bergold (Magdeburg)

Silke Satjukow (Magdeburg)

Begrüßung und Eröffnungsvortrag: Der 17. Juni 1953 und der Westen. Überlegungen zu einem Handlungs- und Kommunikationsraum

Thomas Ahbe (Leipzig)

Zur Geschichtspolitik der beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften in den 1950er-Jahren. Schlaglichter auf eine Beziehungsgeschichte

John Provan (Frankfurt)

Der 17. Juni 1953 im Spiegel der *Stars & Stripes*

Jeannette van Laak (Gießen)

Die Flüchtlings- und Umsiedlungspolitik in der frühen Bundesrepublik Deutschland

Maximilian Graf (Wien)

Österreich und der 17. Juni 1953. Reaktionen aus Diplomatie, Politik, Medien und der kommunistischen Partei

Frank Jacob (Würzburg) [Aufgrund der Hochwassersituation im Juni 2013 leider verhindert]

Die Wirkung des 17. Juni 1953 auf die japanische Linke

Samstag, 8. Juni 2013

Moderation: Sascha Möbius)

Ulrich Pfeil (Metz)

Der 17. Juni 1953 und die französische Deutschlandpolitik

Claus W. Schäfer (Erlangen)

Das deutsche „Schicksalsjahr“ aus französischer Sicht. Die französischen Monatszeitschriften und der 17. Juni 1953

Michael Kubina (Berlin)

Vom 17. Juni 1953 zum Pariser Mai 1968? Ein rumänischer Jude im Nachkriegsberlin, der französische Geheimdienst und *Socialisme ou*

Barbarie

Christian Könné (Kaiserslautern) [Aufgrund der Hochwassersituation im Juni 2013 leider verhindert]

Die Reaktion der Medien im Südwesten auf den 17. Juni 1953

Peter Fäßler (Paderborn) [Aufgrund der Hochwassersituation im Juni 2013 leider verhindert]

Lieferstopp vs. Hilfslieferungen? Die bundesdeutsche Kontroverse über die angemessene handelspolitische Reaktion auf die Niederschlagung des Volksaufstandes in der DDR

Günter Riederer (Wolfsburg)

„Mahnfeuer auf dem Klieversberg“ – Die Feiern zur Erinnerung an den 17. Juni 1953 in Wolfsburg

Tagungsbericht *Der 17. Juni 1953 und der Westen - Der Aufstand in der DDR als transnationale Herausforderung*. 07.06.2013–08.06.2013, Marienborn, in: H-Soz-Kult 01.08.2013.